

Bürger, schützt eure Anlagen!

Von Peter Ufer

In Pillnitz geht es nicht nur um zwei Euro – es geht um bürgerschaftliches Engagement und die Frage: Wie viel Staat verträgt der Bürger?

Sie stehen wie Rufer in der Wüste. Dresdner im Stadtteil Pillnitz kämpfen in einer Bürgerinitiative für freien Parkeintritt. Aber vor allem kämpfen sie um ihr Recht der Mitbestimmung, um das Recht, sich bürgerschaftlich engagieren zu dürfen. Darum kämpfen sie tatsächlich – 23 Jahre nach 1989. Denn längst geht es nicht mehr um Gebühren für einen Park, sondern um den Werteverfall in einer Demokratie. Der Frontverlauf scheint klar: Auf der einen Seite stehen engagierte Bürger, die fürs Gemeinwohl eintreten, auf der anderen Seite die Staatsverwalter, die wohl nur gemein sind, weil sie sich dem Bürger konsequent verweigern. Initiative gegen Ignoranz, bürgerschaftliches Engagement gegen bürokratisches Desinteresse. Der tief gebuddelte Schützengraben heißt Misstrauen. Auf beiden Seiten.

Dabei nehmen alle in Anspruch, nur das Beste zu wollen und zu tun. Es geht darum, einer Parkanlage, einem sächsischen Juwel, eine Zukunft zu geben. Die Pillnitzer Bürger ergreifen Initiative, sie wollen Geld für den Bestand des Parks besorgen, ihn offen halten, damit Besucher ihn im doppelten Sinne wahrnehmen. Offene Kultur. Sie würden am liebsten zur Harke greifen, um ihren Park zu pflegen, sie übernehmen Verantwortung. Sie folgen dem Ruf: Bürger, schützt eure Anlagen.

Die sächsischen Staatsverwalter brauchen mehr Geld, um den landeseigenen Park zu erhalten, und deshalb organisieren sie zusätzliche Finanzen, indem sie Eintritt verlangen. Ökonomisierte Kultur. Ein jahrhundertealtes Wegerecht wird so zum Exklusivrecht. Ohne Rücksicht auf den engagierten Bürger. Der nimmt nur wahr, dass er nicht wahrgenommen wird. Er spürt, wie ihm sein Engagement aus den Händen gleitet, er ist plötzlich Verantwortung los, wird verantwortungslos. Sein Mittun, das Mitbestimmung einschließt, scheint der Staat nicht zu benötigen, ja zu missbilligen. Der Bürger wird ausgesperrt. Selbst wenn er den Eintritt zahlen würde, darf er sein Fahrrad nicht mitnehmen. Es könnte Wege beschädigen. Der Staat scheint dem Ruf zu folgen: Schützt die Anlagen vor euren Bürgern.

Damit geht es plötzlich um die Frage: Wie viel Bürger verträgt der Staat, und wie viel Staat verträgt der Bürger? Und da sind wir nicht mehr nur in Pillnitz, sondern in Berlin, wo Bürger vergeblich gegen den Ausbau des Flughafens demonstrierten und jetzt wenigstens ein Nachtflugverbot fordern. Oder wir sind in Stuttgart am Hauptbahnhof, wo die halbe Stadt gegen den Umbau auf die Straße ging. Oder wir sind in Hamburg, wo Bürger gegen die Schließung von Museen kämpften, oder auf der Nordseeinsel Helgoland, wo Bürger einklagten, darüber abstimmen zu dürfen, ob die beiden Inselteile, die 1720 durch eine Sturmflut voneinander getrennt wurden, wieder vereint werden sollen. Oder wir sind in Potsdam, wo Bürger gegen Eintrittsgelder für den Schlosspark Sanssouci protestierten. Übrigens mit Erfolg. Anmaßung gegen Maßlosigkeit?

Überall in Deutschland wollen Bürger häufiger mitbestimmen. Laut aktuellen Umfragen sprechen sich vier von fünf Deutschen für mehr Bürger- und Volksentscheide aus. Mitbestimmung ist das eine, bürgerschaftliches Engagement das andere. Das scheint verantwortlichen Politikern immer dann willkommen zu sein, wenn der Bürger sich sozial engagiert, als Übungsleiter zum Beispiel, in der Freiwilligen Feuerwehr, bei der Seniorenbetreuung oder in Vereinen, um Feste zu organisieren. Solange der Bürger kontrolliert funktioniert, darf er machen, was er will. Vor allem wenn er nicht nach dem Warum fragt.

Wenn zuerst der Staat handelt und dann der Bürger, dann definiert der Staat, wo der Bürger sich engagieren soll. Wenn der Staat sich aus einem Bereich zurückzieht, wird das Bürgerengagement automatisch zum Lückenbüßer, sagt Stefan Nährlich, Geschäftsführer Aktive Bürgerschaft und Mitglied im Beirat der Glocalist Medien in einer aktuellen Studie. Er hat recht, denn genau umgekehrt geht die Logik einer Bürgergesellschaft, in der bürgerschaftliches Engagement Vorrang vor staatlichem Handeln hat und der Bürger natürlich nach dem Warum fragt.

Pillnitz scheint exemplarisch dafür zu sein, dass sich eine politische Elite etabliert, die bürgerschaftliches Engagement zurückweist und sich von der Realität abschirmt. Der Soziologieprofessor der Technischen Universität Dresden Karl-Siegbert Rehberg nennt das für Sachsen einen Automatismus, der nach mehreren Jahren ähnlicher Machtverhältnisse eintritt und meint, dass „diese höfisch geprägte Umgangsweise unnötig Chancen verspielt“. Dieses Abbügeln der Realität trifft in Sachsen zudem auf einen engagierten Bürger, der, anders als in den alten Bundesländern, aus der Bürgerbewegung der DDR kommt, die im Misstrauen gegen die Diktatur im zivilen Ungehorsam wichtige Entscheidungen herbeiführte. Hier ist der Wutbürger Mutbürger. In Pillnitz schaffte es die Bürgerinitiative, eine Kirche zu retten und später zu sanieren, jetzt betreibt sie diese mit Erfolg selbst. Die Immobilie gehört dem Freistaat. Sie verhinderte den Abriss des Palmenhauses im Pillnitzer Park, sie etablierte mit dem Elbhangfest das größte Bürgerfest der Stadt, und so begreift sie ihr Engagement als Eigen-Initiative im wahrsten Sinne des Wortes. Die Distanz zur Macht blieb, auch wenn eigentlich jene demokratischen Verhältnisse herrschen, die die Bürgerbewegten anstrebten.

Das wichtigste Gegenargument der Regierenden ist die Vermutung, jene Bürger würden sich außerhalb demokratischer Strukturen bewegen und ihrerseits Parlament und Staat ignorieren. Markus Reiter, Politikwissenschaftler an der Freien Universität Berlin, schreibt außerdem dazu: Das Volk, so sagen sie, sei mit den komplexen Problemen moderner Gesellschaften überfordert. Es müsse deshalb die Entscheidungen darüber an Volksvertreter delegieren, die Politik als Beruf ausübten und deshalb die Zeit hätten, sich sachkundig mit diesen Problemen zu befassen. Das ist – mit Verlaub – Unsinn.

Der durchschnittliche Parlamentarier weiß über die allermeisten Themen, zu denen er Entscheidungen fällt, nicht mehr als ein durchschnittlicher Zeitungsleser. Politiker werden nicht gewählt, weil sie Experten sind, sondern weil sie Politiker sind. Leider. Das heißt: Sie organisieren Macht, was in parlamentarischen Demokratien bedeutet, Kompromisse auszuhandeln und dafür Mehrheiten zu beschaffen. Erweisen sich ihre Entscheidungen als falsch, werden sie abgewählt. Der Wähler, der Bürger aber

ist noch immer da. Er schwankt zwischen Resignation und Aggression. Mit all seinem Engagement, seinem Wissen, seiner Intelligenz und seinen Vorschlägen. Man sollte ihm endlich wieder zuhören und seine Potenziale nutzen, statt ihm zu misstrauen.

Artikel-URL: <http://www.sz-online.de/nachrichten/artikel.asp?id=3089092>